

(Leitartikel der NGZ vom 30. Januar 2015)

30. Januar 2015 | 00.00 Uhr

Grevenbroich

NRW-Flüchtlingsrat lehnt Container-Standort ab

Anzeigen powered by pilsa

Bild



Als Alternative wurde der Supermarkt an der Provinzstraße vorgeschlagen.



Das Grundstück am Langer Weg in Gindorf trifft auf breite Kritik.

FOTO: Berns, Lothar (Iber)

Grevenbroich. Bei einer Bürgerversammlung gab es massive Proteste gegen Container am Langer Weg. Die Stadtverwaltung überprüft jetzt Alternativen.

Von Wiljo Piel

Die Gustorfer und Gindorfer lehnen die von der Stadt geplanten Flüchtlings-Wohncontainer am Langer Weg vehement ab. Das wurde jetzt bei einer Bürgerversammlung deutlich. Einhelliger Tenor der Besucher: Das abgelegene Gelände eigne sich nicht. Vielmehr sollten die Asylbewerber mitten im Ort untergebracht werden - dies trage zur Integration bei. Für eine solche Lösung plädierte auch Ali Ismailovski. Das Vorstandsmitglied des NRW-Flüchtlingsrates hatte zuvor die Fläche am Langer Weg besichtigt. Sein Urteil: "Es ist eines Menschen nicht würdig, dort untergebracht zu werden."

Die Stadt sucht händeringend nach Grundstücken, um Asylbewerber unterzubringen. Am Langer Weg sollen drei moderne Container-Einheiten für etwa 50 Menschen errichtet werden. "Das ist eine temporäre Lösung für zwei Jahre", sagte Sozialdezernent Claus Ropertz. In der Zwischenzeit wolle die Verwaltung im Stadtgebiet nach Standorten für den Bau von zwei neuen Flüchtlings-Unterkünften suchen. Aus Ropertz' Sicht sprechen für den Langer Weg vor allem die Nähe zum Einkaufszentrum an der Wassermühle, auch die Verkehrsanbindungen seien in Ordnung. Zudem habe die Stadt einen direkten Zugriff auf das RWE-eigene Gelände.

Die Gustorfer und Gindorfer bewerteten den Standort anders: Sie kritisierten, dass sich die Fläche nicht nur im Überschwemmungsgebiet der Erft befinde, sondern auch in unmittelbarer Nähe von Emittenten wie dem Kraftwerk und einer Schäferei mit 1000 Tieren. Zudem liege das Areal im Dunkeln, weitab vom Ort entfernt. Das erhöhe die Gefahr von rechtsradikalen Übergriffen, warnte Ali Ismailovski.

"Wer den Ort und die Lage kennt, der muss sich allen Ernstes fragen, ob dort Menschen untergebracht werden können", resümierte der Gindorfer Brudermeister Robert Hoppe. Er gab zu bedenken, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn sich die Stadtverwaltung im Vorfeld mit den örtlichen Vereinen und Institutionen zusammengesetzt hätte - dann wären mögliche Alternativen auf den Tisch gekommen.

Hoppe sprach damit den seit längerer Zeit leer stehenden Supermarkt an der Provinzstraße an, der auch ausreichend Flächen für Wohncontainer biete. "Der Standort liegt im Herzen beider Orte. Wenn den Leuten dort der Schuh drücken sollte, würden wir das alle mitbekommen", erklärte Holger Kremer vom Verein "Gindorf e.V.". Eine weitere Alternative brachte der Unternehmer Frank Glaser ins Gespräch: Der Hof der ehemaligen Hauptschule an der Eschenstraße würde sich möglicherweise auch für Container-Unterkünfte anbieten.

Bürgermeisterin Ursula Kwasny gab zu, dass die Stadt diese Alternativen nicht geprüft habe. "Das werden wir jetzt nachholen", sagte die Verwaltungschefin. Spätestens Anfang März will sie eine erneute Bürgerversammlung einberufen, um die Ergebnisse mitzuteilen. Sozialdezernent Claus Ropertz rief in diesem Zusammenhang dazu auf, der Verwaltung weitere Standorte oder vermietbare Häuser in den beiden Orten mitzuteilen. Auch Bürger, die bereit sind, Flüchtlinge privat aufzunehmen, seien willkommen. Ropertz ist unter der Telefonnummer 02181 608571 zu erreichen.

Quelle: NGZ

(Kommentar zum Leitartikel aus der NGZ vom 30. Januar 2015)

Bürger früher beteiligen

Bevor Tatsachen an einem Rathaus-Schreibtisch geschaffen werden, sollte sich die Stadtverwaltung vor Ort informieren. Denn dort sitzen die lokalen Kompetenzträger. Die Versammlung in Gustorf war ein Paradebeispiel dafür, dass es erforderlich ist, die Bürger frühzeitig in einen Planungsprozess einzubeziehen. Denn jetzt sind Alternativen auf dem Tisch, die vorher nicht untersucht wurden. Das alles hätte schon ein paar Monate früher passieren sollen.

Die Stadtverwaltung täte gut daran, die Vorschläge der Bürger gewissenhaft zu prüfen. Die Gustorfer und Gindorfer sind bereit, die Flüchtlinge mitten in ihren Orten unterzubringen, um sie zu integrieren. Auf einem abgelegenen Grundstück am Dorfrand wird das nicht gelingen.

Wiljo Piel

Quelle: NGZ